

Fracking: Droht Deutschland ein Gasboom?

Fracking hat den Weltgasmarkt auf den Kopf gestellt: Die USA sind durch die massenhafte Anwendung der umstrittenen Fördermethode vom Gasimport- zum Gasexportland geworden. Beim Fracking wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien unter hohem Druck in gashaltige Gesteinsschichten gepresst, was diese aufsprengt und das Gas ausströmen lässt. Der Preis sind riesige Mengen giftiger Abwasser, potenziell verseuchtes Grundwasser, großer Flächenbedarf für die Bohrstellen, schlechte, zumindest zweifelhafte Klimabilanz der Gasgewinnung, lokale Erdbeben u. v. m. Studien der NRW-Landesregierung und des Umweltbundesamtes bestätigen diese Gefahren.

Auch in Deutschland gibt es sog. „unkonventionelle Gasvorkommen“, die mit Fracking ausgebeutet werden könnten. Doch Experten zufolge könnten sie bestenfalls nur für etwas über zehn Jahre den Gasbedarf Deutschlands decken, eher deutlich weniger.

Dennoch haben sich Gaskonzerne wie Exxon Mobil, Wintershall, BNK u. a. Aufsuchungslizenzen in halb Deutschland gesichert. Mit Ausnahme von Niedersachsen, wo in früheren Jahren schon fleißig gefracked wurde, haben die anderen Länder, allen voran NRW, bisher die Anwendung der Technik verhindern können. In den betroffenen Gebieten gibt es fast immer breite politische Mehrheiten in Räten und Kreistagen gegen Fracking.

Doch das antiquierte Bergrecht, das völlig einseitig auf Rohstoffgewinnung ausgerichtet ist, lässt eine dauerhafte Untersagung von Fracking durch die Länder kaum zu, wenn die Gasunternehmen auf Genehmigung

ihrer Anträge klagen. Deshalb brauchen wir dringend eine bundeseinheitliche Regelung.

Die Grüne Bundestagsfraktion fordert ein Verbot von Fracking, zumindest so lange, bis die Auswirkungen gründlich untersucht und eine gesellschaftliche Abwägung über die Technik stattgefunden hat. Dabei sehen wir nicht, dass Deutschland Fracking-Gas für seine Energieversorgung braucht. Im Gegenteil: Zusätzlich zu den Risiken und Negativ-Folgen der Gewinnung ist ein Gasboom auch ein Hindernis für die Energiewende.

Seit zwei Jahren machen Umweltminister Altmaier, sein Vorgänger und viele CDU/CSU-Abgeordnete in den Medien und vor Ort auf Fracking-Kritik, tun aber in Berlin rein gar nichts. Stattdessen setzen sich Rösler und die FDP durch, die Fracking mit ein paar kosmetischen Einschränkungen befürworten.

Hier gilt es, CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete auch über die BürgermeisterInnen, Landes- und KommunalpolitikerInnen in die Pflicht zu nehmen, in Berlin endlich zu handeln, damit Fracking zur Gasgewinnung in Deutschland nicht angewandt wird.



Oliver Krischer
Foto: B90/Grüne im Bundestag

Oliver Krischer

➔ MdB Oliver Krischer ist Sprecher für Energiewirtschaft der bündnisgrünen Bundestagsfraktion und war von 1994-2009 Mitglied des Kreistages Düren. www.oliver-krischer.eu.